Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 24 (1997)

Heft: 4

Rubrik: Offizielles

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Erbrecht bei Wohnsitz im Ausland

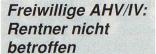
Rechtzeitig vorsorgen

Wer denkt schon gern an seinen Tod? Viele Leute sterben, ohne ihren Nachlass durch ein Testament oder einen Erbvertrag geregelt zu haben. Besonders für Auslandschweizer jedoch ist die rechtzeitige Regelung des Nachlasses in doppelter Hinsicht sehr wichtig.

Für Auslandschweizer sind im Todesfall nicht nur eine, sondern zwei Rechtsordnungen im Spiel, nämlich die des Wohnsitzstaates und die der Schweiz. Nach dem schweinur einer beteiligten Rechtsordnung) alten Konflikten zwischen den Nachkommen Nahrung und Anlass zu langwierigen, unwürdigen und nicht zuletzt kostspieligen muss sich zuerst die Frage stellen, was bei seinem Tod passiert, wenn er nichts unternimmt. Welches Recht ist dann auf den Erbfall anwendbar? Welche Regeln enthält dieses anwendbare Recht? Und welche Behörde ist zuständig?

IPRG

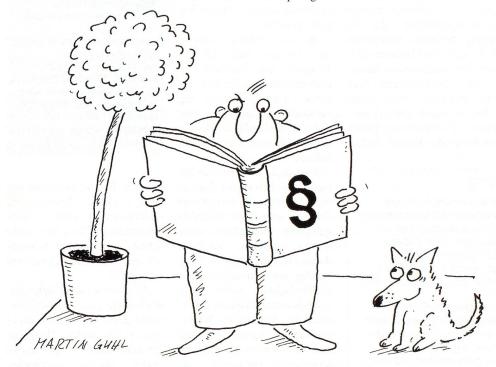
Liegt keine Regelung in einem Staatsvertrag (welcher die Staaten gegenseitig bindet) vor, so sagt das internationale Privatrecht des Staates, von dem man eine Ant-



In der letzten Ausgabe der «Schweizer Revue» haben wir von einer allfälligen Reform der freiwilligen AHV/IV berichtet. Selbstverständlich sind Personen, die bereits im Rentenalter sind oder dieses bis zum Inkrafttreten einer allfälligen Reform erreichen, von den Änderungen nicht betroffen.

genüber der Schweiz massgebende Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG) zum anwendbaren Recht und zur Zuständigkeit (vgl. dazu die ausführliche Darstellung in der «Schweizer Revue» 3/97).

Eine Darstellung des internationalen Privatrechtes anderer Länder kann hier allerdings nicht erfolgen. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich somit auf die Regelung nach IPRG. Im konkreten Einzelfall ist jedoch immer auch das internationale Privatrecht des Staates, in welchem der verstorbene Auslandschweizer seinen letzten Wohnsitz hatte, zu konsultieren.



zerischen Rechtssystem besteht für Auslandschweizer die Möglichkeit, das in der Schweiz gelegene Vermögen (oft auch den ganzen Nachlass) durch Testament oder Erbvertrag der schweizerischen Zuständigkeit oder dem schweizerischen Recht zu unterstellen.

Im Lichte dieser Rechtswahlmöglichkeit ist die rechtzeitige Regelung des Nachlasses unbedingt zu empfehlen. Denn es kann im konkreten Erbfall eine grosse Rolle spielen, ob schweizerisches oder ausländisches Erbrecht zur Anwendung kommt.

Zudem geben Unklarheiten ganz allgemein (auch bei

Erbstreitigkeiten. Wer somit seinen Nachlass rechtzeitig und unmissverständlich regelt, erweist seinen Nachkommen einen grossen Dienst.

Wer aber zu Lebzeiten seinen Nachlass regeln will,

wort braucht, welches Recht anwendbar und welche Behörde zuständig ist. Stirbt beispielsweise ein Auslandschweizer in Frankreich, so äussern sich sowohl das internationale Privatrecht von Frankreich als auch das ge-

Adressänderungen

Bitte nicht nach Bern

Melden Sie Adressänderungen einzig und allein der Schweizer Botschaft oder dem Schweizer Konsulat. Nur diese sind nämlich für die Verwaltung der Adressen unserer Landsleute im Ausland und damit für den korrekten Versand der «Schweizer Revue» zuständig.

Sie helfen so mit, aufwendige Nachforschungen zu verhindern, die der Auslandschweizerdienst aufgrund der zahllosen Rücksendungen von unzustellbaren Ausgaben der «Schweizer Revue» anzustellen hat. NYF

Welches Recht gilt?

Primär sagt das internationale Privatrecht am letzten Wohnsitz des Erblassers, welches Recht auf den Erbfall anwendbar ist. In der Regel ist dies das Recht des Staates, in dem sich der letzte Wohnsitz der verstorbenen Person befindet (anwendbar ist also nicht das schweizerische Erbrecht).

Wer mit dieser Regel nicht einverstanden ist, kann mit einem Testament oder durch Erbvertrag die gesamte Erbfolge dem schweizerischen Recht unterstellen. Allerdings steht Auslandschweizern diese Möglichkeit in bezug auf die im Wohnsitzstaat gelegenen Mobilien und Immobilien nur insoweit offen,



als das internationale Privatrecht jenes Staates es zulässt.

Wenn das anwendbare Recht feststeht, gilt es abzuklären, welche Regeln das betreffende Erbrecht enthält. Wer sich über die gesetzlichen schweizerischen Vorschriften ins Bild setzen möchte, findet die entsprechenden Bestimmungen im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Artikel 457 ff.). Im übrigen gibt es eine Vielzahl von anschaulich geschriebenen Publikationen über das schweizerische Erbrecht. Verschiedene Banken geben solche gratis ab.

Doppelbürger

Zu beachten ist, dass Auslandschweizer, die auch das Bürgerrecht des Wohnsitzstaates besitzen, von diesem einzig als seine und nicht als

Erleichterte Einbürgerung

auf den 1. Januar 1998 wirksam:

Absatz 2 BüG).

Die erleichterte Einbürgerung für ausländische Kinder

Mutter werden unter bestimmten Voraussetzungen an

weniger strenge Bedingungen geknüpft. Dies haben

National- und Ständerat in der Juni-Session 1997 be-

schlossen. Folgende Neuerungen werden durch diese

1. Das ausländische Kind eines schweizerischen

terte Einbürgerung stellen, wenn es insgesamt drei

2. Das über 32-jährige ausländische Kind einer

einem Jahr hier wohnt (Artikel 31 Absatz 2 BüG).

Revision des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) voraussichtlich

Vaters, der mit der Mutter nicht verheiratet ist, kann nach Vollendung des 22. Altersjahres ein Gesuch um erleich-

(bisher fünf) Jahre in der Schweiz gewohnt hat und seit

Schweizerin durch Abstammung, Adoption oder Einbür-

gerung, das vor dem 1. Juli 1985 geboren ist, kann ein

Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen, wenn es insgesamt drei (bisher fünf) Jahre in der Schweiz ge-

wohnt hat und seit einem Jahr hier wohnt (Artikel 58a

3. Lebt dieses Kind im Ausland oder hat es im Ausland

gelebt, so kann es ein Gesuch um erleichterte Einbürge-

rung stellen, wenn es mit der Schweiz eng verbunden ist

(neuer Artikel 58a Absatz 2bis BüG). Diese Bestimmung

1953 geboren sind und zwischen 1985 und 1988 nicht als

Schweizer Bürger anerkannt werden konnten, ein Gesuch

um erleichterte Einbürgerung zu stellen, sofern sie mit der

Schweiz eng verbunden sind (Besuche in der Schweiz,

Kontakte mit in der Schweiz lebenden Personen, Bezie-

erlaubt Kindern einer schweizerischen Mutter, die vor

eines schweizerischen Vaters oder einer schweizerischen

fremde Staatsangehörige behandelt werden, so dass sie grundsätzlich dem Recht ihres Wohnsitzstaates unterstehen.

Die Unterstellung unter schweizerische Heidas matrecht können allerdings Doppelbürger mit Wohnsitz im zweiten Heimatstaat vornehmen.

Internationale Abkommen

Mit einigen wenigen Staaten bestehen Abkommen, die bestimmen, dass sich die Erbfolge von schweizerischen Staatsangehörigen, die in diesen Staaten verstorben sind, nach dem Heimatrecht, also schweizerischem Recht, richtet (Griechenland, Iran und Italien). Nach dem schweizerisch-amerikanischen Staatsvertrag findet das Recht des letzten Wohn-

sitzes auf Mobilien Anwendung. Für unbewegliches Vermögen (z. B. Grundstücke) gilt hingegen das Recht des Ortes, wo sich diese Immobilien befinden.

Zuständige Behörde

Für das Nachlassverfahren und die erbrechtlichen Streitigkeiten sind in der Regel die Gerichte oder Behörden am letzten Wohnsitz des Erblassers zuständig. Vorbehalten ist die Zuständigkeit des Staates, der für Grundstücke auf seinem Gebiet die ausschliessliche Zuständigkeit vorsieht.

War der Erblasser Schwei-Bürger mit letztem Wohnsitz im Ausland, so sind die schweizerischen Gerichte oder Behörden am Heimatort zuständig, soweit sich die ausländische Behörde mit seinem Nachlass nicht befasst.

Sie sind stets zuständig, wenn ein Schweizer Bürger mit letztem Wohnsitz im Ausland sein in der Schweiz gelegenes Vermögen oder seinen gesamten Nachlass durch Testament oder Erbvertrag der schweizerischen Zuständigkeit oder dem schweizerischen Recht unterstellt hat. Für die im Wohnsitzstaat gelegenen Mobilien und Immobilien ist die Unterstellung - wie gesagt - nur insoweit möglich, als das internationale Privatrecht jenes Staates sie zulässt.

Eine rechtzeitige Regelung des Nachlasses ist auch in bezug auf die entstehende Rechtsklarheit und die bewusste Gestaltung innerhalb der anwendbaren Rechtsordnung sinnvoll (z.B. Abfassen eines Testamentes, in welchem festgehalten wird, wer was aus dem Nachlass bekommen soll, dies nach schweizerischem setzbuch).

Wie der Nachlass konkret geregelt werden soll, hängt vom Einzelfall ab. In den

Hängige Volksinitiativen

Folgende Volksinitiativen können noch unterschrieben werden: «Für die Finanzierung aufwendiger und langlebiger Infrastrukturvorhaben» (bis 16.10.1997) Arnold Schlaepfer, av. Cardinal-Mermillod 18, 1227 Carouge «Für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit ein Versuch für vier Jahre (Sonntagsinitiative)» (bis 11.08.1998) Judith Hauptlin, Postfach 40, 9414 Schachen bei Reute «Für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien» (bis 22.10.1998) Partei der Arbeit der Schweiz, Elise Kerchenbaum, rue du Vieux-Billard 25, Postfach 232, 1211 Genf 8 «Grundeigentum geht über in Nutzungs- und Baurechte» (bis 20.11.1998) Werner Mühlheim, Postfach 8140, 2500 Biel 8

meisten Fällen empfiehlt es einen Spezialisten sich, (Rechtsanwalt oder Notar) beizuziehen. Die schweizerischen Vertretungen können oft entsprechende Adressen vermitteln.

Allgemeine Auskünfte zur Rechtslage aus schweizerischer Sicht erteilt das Bundesamt für Justiz, Abteilung für internationale Angelegenheiten, Sektion internationales Privat- und Zivilprozessrecht, Bundesrain 20. CH-3003 Bern. NYF

Rat einholen

Zivilge-

Unterzeichnung von Volksinitiativen

Bitte beachten Sie, dass Sie den Unterschriftenbogen vollständig und gemäss den Anweisungen ausfüllen. Vergessen Sie insbesondere nicht, die Gemeinde anzugeben, bei welcher Sie in der Schweiz stimmberechtigt sind. Zudem dürfen pro Bogen nur Stimmberechtigte der gleichen Stimmgemeinde unterzeichnen.

hungen zu Auslandschweizer-Vereinigungen). Ein allfälliges Gesuch um erleichterte Einbürgerung ist ab Inkrafttreten der Revision bei der zuständigen Schweizer Vertretung einzureichen. Dort sind gegen Ende dieses Jahres auch die nötigen Informationen erhältlich. NYF